



Energiepolitik Bush ruft zum Energiesparen auf

Hilferuf an die internationale Gemeinschaft:
George W. Bush

02. September 2005 In den Vereinigten Staaten wird die Versorgung mit Benzin immer schwieriger. Angesichts der großen Schäden durch den Hurrikan Katrina, der unter anderem acht wichtige Raffinerien unbrauchbar gemacht hat, hat der amerikanische Präsident George Bush seine Landsleute zum Energiesparen aufgerufen.

„Kaufen Sie kein Benzin, wenn Sie nicht müssen“, sagte der Präsident in einer kurzen Fernsehansprache. Zuvor hatte es Berichte über lange Schlangen an Tankstellen und Benzinknappheit in einigen Regionen des Landes gegeben. Der Wirtschaftsberater Bushs, Ben Bernanke, sagte, die amerikanischen Autofahrer müßten sich darauf einstellen, in den kommenden „sechs bis acht Wochen“ mehr als 3 Dollar je Gallone (umgerechnet **0,63 Euro je Liter**) Benzin zu bezahlen.

In Atlanta im Bundesstaat Georgia sollen einige Tankstellen vorübergehend bis zu 5 Dollar je Gallone verlangt haben, bevor der Gouverneur sie unter Berufung auf einen Notstand zwang, den Preis zu senken. Im Landesdurchschnitt kostet eine Gallone Normalbenzin zwar nur 2,62 Dollar, an vielen Orten der Ost- und der Westküste müssen aber schon weit mehr als 3 Dollar bezahlt werden. In **Deutschland** erwarten Fachleute einen Anstieg des Preises für Superbenzin auf **1,50 Euro** oder mehr je Liter in den kommenden Wochen.

Freigabe der Notreserven

Für dieses Wochenende, das durch den „Labor Day“ am Montag verlängert wird und das Ende der Ferienzeit markiert, zeichnet sich trotz Bushs Aufruf eine hohe Benzinnachfrage ab: Rund 34,5 Millionen Amerikaner werden mindestens 80 Kilometer mit dem Auto fahren.

Amerika hat verschiedene Maßnahmen ergriffen, um drohende Engpässe bei Benzin, Diesel und anderen Treibstoffen abzuwenden. Die Regierung hat geltende Umweltstandards vorübergehend aufgeweicht, die eine bestimmte Zusammensetzung der Kraftstoffe vorschreiben und von Bundesstaat zu Bundesstaat unterschiedlich sind.

Dies würde Benzin aus Europa den Zugang zum amerikanischen Markt erleichtern. Zugleich hat Bush verfügt, daß in den kommenden Wochen auch Tanker, die nicht unter amerikanischer Flagge fahren, Öl und Benzin zwischen amerikanischen Häfen transportieren dürfen.

Angesichts der Versorgungsengpässe wird die internationale Gemeinschaft mit Benzinlieferungen aushelfen. Bundeskanzler Gerhard Schröder (SPD) erklärte, daß Deutschland einen Antrag der Vereinigten Staaten auf eine Freigabe der Notreserve der Internationalen Energie-Agentur (IEA) unterstütze. Die Agentur wird ihren Mitgliedstaaten erlauben, wegen der Versorgungsengpässe ihre strategischen Reserven freizugeben, teilte die französische Regierung am Freitagnachmittag in Paris mit. Als Reaktion fiel der Ölpreis wieder unter 70 Dollar je Faß. Auch der Preis für Superbenzin fiel am Rotterdamer Ölmarkt von 870 auf 800 Dollar je Tonne.

Benzinkrise würde sich weltweit schnell ausbreiten

Artikel-Service

→ Fenster schließen

→ Artikel drucken

Zum Thema

→ **FAZ.NET-Spezial: Droht eine neue Ölkrise?**

→ **Bildergalerie: New Orleans geht unter**

Die IEA, eine Schwesterorganisation der OECD, die nach der Ölkrise 1973 gegründet wurde, koordiniert die Notreserve, die mindestens das Volumen von 90 Tagen Ölimport erreichen muß. Derzeit halten die IEA-Länder 4,1 Milliarden Barrel Öl in Reserve. Bisher wurden die Reserven nur ein einziges Mal eingesetzt: Im Golfkrieg 1991 wurde der „Krisenmechanismus“ in Gang gesetzt und dem Markt 2,5 Millionen Barrel am Tag bereitgestellt.

Nach Angaben von Schröder berät die IEA derzeit über die Freigabe von zwei Millionen Barrel täglich für die Dauer von 30 Tagen. Diese Menge könnte am Markt verkauft werden, um das Angebot gegenüber der Nachfrage zu vergrößern. Der IEA-Exekutivdirektor Claude Mandil warnte in einem Interview mit der französischen Tageszeitung La Croix vor einer internationalen Benzinkrise. „Es gibt überhaupt keinen Zweifel, daß sich eine Benzinkrise infolge des Hurrikans Katrina weltweit sehr schnell ausbreiten würde“, sagte er. Eine Vereinbarung der IEA-Mitglieder sieht auch vor, daß Regierungen im Notfall den Verbrauch durch Zwangsmaßnahmen einschränken können.

Die Schätzungen des wirtschaftlichen Schadens, den der Hurrikan und die Überschwemmung in New Orleans angerichtet haben, belaufen sich inzwischen auf mehr als 100 Milliarden Dollar. Die Analysegesellschaft Risk Management Solutions (RMS) erhöhte eine erste Schätzung, die auf 25 Milliarden Dollar gelautet hatte.

Die Bundesregierung hat die Mineralölkonzerne im Jahr 1966 verpflichtet, eine strategische Ölreserve anzulegen. 1978 haben die Unternehmen dann den Erdölbevorratungsverband (EBV) gegründet, der die Reserve verwaltet.

Die Reserve beträgt rund 25 Millionen Tonnen Erdöl und Erdölprodukte, vor allem Benzin. Sie soll die Versorgung Deutschlands 90 Tage lang gewährleisten. Die Kosten für die Ölreserve trägt der Verbraucher, der dafür rund 0,4 Cent je Liter Treibstoff Zuschlag zahlt. Im Erdölbevorratungsgesetz steht, daß nur das Bundeswirtschaftsministerium die Ölvorräte auflösen oder anzapfen kann. „Voraussetzung hierfür ist, daß ein Bestandsabbau erforderlich ist zur Verhütung unmittelbar drohender oder zur Behebung eingetretener Störungen in der Energieversorgung oder zur Erfüllung von Verpflichtungen gegenüber der EU oder der Internationalen Energieagentur (IEA)“, heißt es im Gesetz.

Text: ctg./chs./ht., F.A.Z., 03.09.2005, Nr. 205 / Seite 11
Bildmaterial: picture-alliance/ dpa/dpaweb